

Ämliche Bekanntmachungen. Brotgetreideablieferung.

Die Getreidevorräte des Kommunalverbandes aus der alten Ernte sind bis auf einen geringen Rest erschöpft und die Anlieferungen neuen Brotgetreides entsprechen durchaus nicht den Erwartungen. Namentlich die Anlieferung an Roggen läßt außerordentlich zu wünschen übrig. Es braucht zwar der Landwirt das 1. Viertel seiner Getreideumlage erst bis zum 15. Oktober d. J. zu erfüllen, aber der Kommunalverband wüßte nicht, wenn erst zu diesem Termin geliefert wird, wie er bis dahin die Brotversorgung sicherstellen soll, da auch die Bezugsmöglichkeit von der Reichsgetreidestelle sehr unsicher ist.

Es ergeht daher an die Landwirte die dringende Aufforderung, mit den Anlieferungen auf die Getreideumlage, namentlich mit der Anlieferung von Roggen mit größter Beschleunigung zu beginnen.

Die Amtshauptmannschaft weiß zwar, daß die Bergung der Ernte der verschiedenen Getreidearten durch das zeitliche Zusammentreffen der Reife von Roggen, Weizen und Hafer für die Druscharbeiten wenig Zeit übrig lassen wird. Im Interesse der Brotversorgung wenigstens des eigenen Bezirkes muß aber auch die Landwirtschaft alles tun, um diese sicherzustellen.

Die Mitteilung über die Höhe der Umlage wird den Landwirten im ersten Drittel des August bekanntgegeben werden. Schon heute kann soviel gesagt werden, daß der Erzeuger mit einer Ablieferungspflicht in Höhe von 80 % des vorjährigen Lieferfalls wird rechnen müssen.

Amtshauptmannschaft Bautzen, am 27. Juli 1921.

Die im Januar 1921 ausgegebenen Lebensmittelkarten für Nichtselbstverfänger für die Zeit vom 30. Januar bis 30. Juli 1921 haben auch weiterhin Gültigkeit.

Bautzen, 27. Juli 1921. Kommunalverband Bautzen-Land.

Die Lüge von der Kriegsschuld Deutschlands.

Die wichtigste Aufgabe für uns Deutsche ist, die leider von der Nationalversammlung unterschriebene Voraussetzung des Versailler Gewaltfriedens zu bekämpfen, daß es allein am Kriege schuld sei. In diesem Sinne erfolgt nun jetzt eine außerordentlich wichtige, das sorgsam konstruierte Gebäude von der „Allianschuld Deutschlands“ wie mit einem Brecheisen auflockernde Publikation. Die „Süddeutschen Monatshefte“, die sich kürzlich das Verdienst erworben haben, mit einer Gegenliste der feindlichen Schuldpropaganda heimzuleuchten, veröffentlichen jetzt im Dienste dieser geistigen Gegenoffensive ein weiteres Heft unter dem Titel „Der große Betrug“ (Beilage der Süddeutschen Monatshefte, München, Königsstraße 103), das folgende außerordentlich wichtige Dokumente enthält, die die Legende einfach totschlagen, England sei wegen der Verletzung der Neutralität Belgiens in den Krieg eingetreten.

Das Juniheft der „Süddeutschen Monatshefte“ enthält nämlich ein Faktum, das in englischer und deutscher Sprache, das allgemeine Bestimmungen für Kriegsgefangene enthält. Das Interessante an dem ist nicht sein Inhalt, sondern sein Datum. „Auszug aus einer königlichen Verordnung vom 3. August 1914“. „Kom 3. August?“ Wann hat England denn an Deutschland den Krieg erklärt? Am 4. August abends 7 Uhr. Warum? Weil Deutschland die belgische Grenze überschritten und dadurch die belgische Neutralität verletzt habe. Die ersten deutschen Truppen aber überschritten die belgische Grenze am 4. August morgens. Am 3. August stand kein deutscher Soldat auf belgischem Boden, war die belgische Neutralität noch nicht verletzt. Hatte England nach seiner amtlichen Darstellung noch keinen Grund, den Krieg an Deutschland zu erklären. Aber die englische Kriegsmaschine arbeitete schon. Dieses Plakat hat ein zurückgekehrter Kriegsgefangener im Original mitgebracht.

Ebenso beweiskräftig ist ein anderes Dokument. Der Brief eines französischen Matrosen, der in den „Süddeutschen Monatsheften“ gleichfalls in französischer und deutscher Sprache wiedergegeben ist. Der Brief ist von Herrn Joachim Hochradel in Berlin im Original zur Verfügung gestellt. Er lautet in der Übersetzung:

Cherbourg, den 3. Juli 1914.

Lieber Triumpf!

Ich beile mich, Dir zu antworten und Dir einige Worte mitzuteilen, die Dir viel Freude machen werden! Hunderte! Wir warten dauernd auf Alarm; seit heute 3 Uhr stehen wir unter dem Kommando des englischen Admirals! Das ist nicht übel, daher kannst Du Dir denken, daß wir sehr froh sind, mit einem solchen Rückhalt loszugehen. Außerdem ist das englische Mittelmeergeschwader dem Kommando des Admirals Boue de Vapergie (Die Nachrichtenstelle der deutschen Marineleitung ist der Ansicht, daß es sich um den Admiral René de Vapergie handle. D. Schriftl.) unterstellt. Wir sind alle mit Leib und Seele dabei; jetzt oder nie ist der Augenblick, ihm (jedemfalls Deutschland) den Garaus zu machen.

Wir verlassen Cherbourg wahrscheinlich heute nacht, und die Absicht des englischen Admirals geht dahin, mit den französischen Unterseebooten Kiel zu blockieren, dann einige Torpedoboote in den Tod zu jagen, um den Kaiser-Wilhelm-Kanal von Seeminen zu säubern, damit wir das Geschwader in Kiel selbst mit Torpedos angreifen können.

Der englische Admiral versammelte uns alle, um uns eine Ansprache zu halten, die von allen mit lauten Hochrufen auf Frankreich, England und Rußland beantwortet wurde; er verlieh uns mit der Gewißheit zu siegen, und er beglückwünschte uns zu unserem Mut und unserem Hais gegen Deutschland.

Entschuldige meine Schrift, denn ich habe mich beeilt, wir stehen unter Hochdruck und warten nur auf den Marschbefehl des englischen Admirals. Ich scheidet von Dir mit tausend Küßen.

Ich habe das Vertrauen zu Dir, daß Du wie Deine Kameraden Dein Möglichstes tun wirst, um möglichst viele Deutsche zu erlösen.

Kein Lebenswohl, sondern auf Wiedersehen!

Stets Dein

Karl.

Aus dem Briefe geht hervor, daß bereits am 31. Juli 1914 die französische Marine unter dem Kommando eines englischen Admirals stand.

Der Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“, Professor Paul Nikolaus Cosmann, hat sich ein nationales Verdienst erworben, indem er mit Hintanhaltung aller Bedenken, die da und dort von zaghaften Seelen erhoben werden, der Wahrheit eine Gasse bahnen will. Die Vertreter des deutschen Volkes haben beim Abschluß des Versailler Vertrages gezwungen das Bekenntnis der Schuld auf sich genommen. Der größte Fehler, der jemals in der deutschen Politik gemacht worden ist. Es war dies nicht nur ein Opfer des Intellekts und des guten Gewissens, sondern eine verhängnisvolle Tat, die nur dadurch in ihren Folgen gemildert werden kann, daß das ganze deutsche Volk alles, was in seinen Kräften steht, tut, um die Schuldlast zu entlasten.

Da noch mehr. Nach dem Tatsachenmaterial, das sich von Tag zu Tag vermehrt, kann mit gutem Gewissen sogar der Beweis erbracht werden, daß das deutsche Volk einer zielbewußten Zusammenarbeit seiner Feinde erliegen ist, die seit Jahrzehnten alle Vorbereitungen dazu getroffen hatten, das Todesurteil an dem deutschen Volke zu vollstrecken. Es läßt sich heute der Beweis lückenlos hierfür führen.

Die Schwierigkeiten der Sächsischen Regierung

Wolffs Landesdienst verbreitet folgendes Ergebnis des gestrigen Ministerrats:

„Wie wir hören, wird die Regierung, die am Mittwoch in einem Ministerrat die Sachlage erörtert hat, bei der Schlußberatung im Landtag zur Ablehnung dieser Steuererlässe Stellung nehmen. Sie stehen auf der Tagesordnung der ersten Vollziehung des Landtages nach dem Freitag, den 29. d. M.“

Diese in Aussicht gestellte Regierungs-Entscheidung kann, wenn es in der Plenarsitzung bei der Ablehnung der beiden Steuervorlagen bleibt, nach den Begriffen über Demokratie und Parlamentarismus nur in der Antündigung des Rücktritts der Regierung bestehen. Dazu scheint allerdings bei den Herren Ministern selbst sehr wenig Neigung zu sein, wohl aber scheint man eher dazu zu neigen, den Landtag nach Hause zu schicken.

Den Regierungsparteien scheint eine Landtagsauflösung nicht unerwünscht zu sein, denn in der „Dresdner Volkszeitung“ wird bereits eine Wahlparole ausgegeben, von der man sich viel Zugkraft erhofft. Von bürgerlicher Seite dürfte man allerdings den sozialdemokratischen Regierungsparteien weit wirksamere Wahlparolen entgegenhalten können, so daß für das Bürgertum gar kein Anlaß vorliegt, Neuwahlen zu fürchten.

Von einer führenden politischen Persönlichkeit wird in einer Zuschrift an den Sächsischen Zeitungsdienst die Lage folgendermaßen beurteilt:

„Ein Ausweg? Es zeigt sich immer mehr, daß die Regierungskrisis in Sachsen durch eine schwerverständliche Unnachgiebigkeit des Finanzministers Heidt heraufbeschworen worden ist. Beide bürgerlichen Parteien waren bereit, den durch die Regierungsvorlage sichergestellten Betrag der Gewerbesteuer zu garantieren, aber durch eine veränderte Verteilung soziale Härten der Vorlage zu beseitigen. Sonderbarerweise glaubte Herr Heidt den starken Mann spielen zu sollen, der nicht mit sich reden ließ. Das hat letzten Endes die Niederlage der Regierung im Ausschuß verursacht. Selbst in den sozialdemokratischen Kreisen verheißt man sich nicht, daß Minister Heidt damit der Regierung und den Parteien, die hinter der Regierung stehen, und die in gewissen Punkten zur Nachgiebigkeit bereit waren, einen üblen Dienst erwiesen hat. Es gibt sogar Kreise, die der Regierung sehr nahe stehen, welche der Ansicht sind, die Krisis dadurch zu beseitigen, daß Finanzminister Heidt durch eine andere Persönlichkeit ersetzt wird, welche bereit und in der Lage wäre, die Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen entsprechende Änderungen der Vorlagen zu gewinnen. Die bisher inoffiziell betriebenen Bemühungen der beiden Regierungsparteien, die Kommunisten zu einer anderen Haltung zu bewegen, scheinen bisher noch keinen Erfolg erzielt zu haben und dürften auch kaum Aussicht auf Erfolg haben.“

Die Zwangshypothek.

Berlin, 27. Juli. Die „Tägl. Rundschau“ teilt mit, daß in Berlin eine Besprechung der Regierungsparteien über die Steuererlässe der Regierung stattgefunden habe. Besonders lebhaftes Erörterungen habe der Plan des Reichswirtschaftsministers herbeigeführt, der eine Zwangshypothek zugunsten des Reiches eintragen lassen wolle. Die Berechnungen der Zwangshypothek sei in der Weise gedacht, daß als jehiger Wert des Grundstücks der sechsfache Friedenswert berechnet werde. Von diesem Wert sollen 20 Prozent zugunsten des Reiches als Zwangshypothek eingetragen werden. Dieser Plan habe aber in den Kreisen der Regierungsparteien lebhaftes Bedenken hervorgerufen, da eine derartige Zwangshypothek letzten Endes darauf hinauslaufen würde ein Fünftel des deutschen Grundeigentums der Entente in die Hände zu geben. Mit Rücksicht auf die demagogischen Bedenken soll der Reichsfinanzminister beabsichtigen, diese Zwangshypothek in das Gesetz über die Umwandlung des Reichsnotopfers hineinzuarbeiten. Das Blatt fügt hinzu, daß aus dem ganzen Vorgehen sich ergebe, daß das Kabinett beabsichtigt, der Öffentlichkeit gegenüber seine Steuerpläne in einen gewissen Schleier zu hüllen und mit ihnen erst im Herbst überraschend hervorzutreten. Diese Art des Vorgehens wird es aber mit sich bringen, daß der Kampf um die Steuerpläne sich unnötig verschärft.

Kleine politische Mitteilungen.

Frankreich will ein Bündnis mit der Tschechoslowakei. Briand und Foch reisen demnächst nach Prag, um ein Bündnis mit der Tschechoslowakei anzubahnen.

Schmachvolle Haltung der Helgoländer. Die Helgoländer haben sich an den Böhmerbund und an England gewandt, um Forderungen gegen Deutschland durchzusetzen. Vor

einige Monate vor einer Heftigänder Deposition in Berlin. Sie suchte die Einführung der Reichssteuererhebung rückgängig zu machen. Es ist ihr dabei die scharfe Mißbilligung des Ministers des Innern wegen ihrer Schritte beim Böhmerbund und bei der englischen Regierung ausgesprochen worden. Daraufhin sind die Herren sofort zu dem Chef der Interalliierten Marinekommission in Berlin gegangen und haben dort gegen verschiedene Pläne der deutschen Regierung betreffs der Erhaltung ozeanischer Marine- und Hafenanlagen intrigiert. Außerdem haben sie den Berliner Korrespondenten der „Times“ aufgeleitet und ihm verschiedene unrichtige Mitteilungen gemacht, durch die sie in England einen guten Eindruck hervorgerufen glaubten.

Bolschewistische Umtriebe in der französischen Marine. Die Pariser Blätter berichten aus Toulon, daß die Spezialpolizei großen bolschewistischen Umtrieben in Marinereisen auf die Spur gekommen ist. In St. Raphael und in der Abteilung der Marineschule des Mittelmeeres ist eine Reihe von Verhaftungen, darunter die Haupttheater, vorgenommen worden.

Straßenkämpfe in Italien. In Palermo haben die Kommunisten überraschend die Faschisten angegriffen. Es gab 2 Tote. In Triest gab es bei einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Nationalisten 3 Tote.

Die Ursachen der unerträglichen Hitze und Dürre.

Aus Dresden wird dem „Vogl. Anz.“ geschrieben:

Die unerträgliche Hitze und Dürre dauert weiter an und nimmt einen gefährlichen Charakter an. Der schon jetzt viele Millionenwerte verlustigen hat und noch weitere große Verluste mit sich bringen wird. Von allen Dürrejahren der letzten Jahre ist keins in seinen Folgen so unheilvoll gewesen wie das heutige. Es liegt das allein darin begründet, daß die Niederschläge im Winter gering waren, daß vor allen Dingen der Schnee fehlte, der den Boden am besten mit Wasser versorgt, und daß im Frühjahr die lange Tropenperiode stattfand, wovon einige Gewenden, die die Niederschläge am nötigsten hatten, besonders stark betroffen worden sind. Es ist leider so, daß auch im Falle von Niederschlägen im Sommer das allermeiste Wasser sofort wieder verdunstet, während umgekehrt die Niederschläge des Winters dem Boden in der Hauptsache zunutze kommen.

Ganz Europa leidet unter der Dürre. Die Berichte lauten einstimmig. Die Folgen sind höhere Preise für Brot und Futtermittel. Die Dürre ist es nicht allein, die den unruhigend wirkt. Es ist auch die sonst anormale Witterung. Im Norden Deutschlands sind Temperaturerlässe bis zu fast 4 Grad unter Null vorgekommen und die Nacht vom 14. auf den 15. Juli hat z. B. im Süden Oldenburgs und in Hannover unendlichen Schaden an Kartoffeln, Bohnen, Buchweizen und sonst leicht erfrierbaren Pflanzen angerichtet. — Worin liegen nun die Ursachen dieser merkwürdig abweichenden Witterung? Man schließt es der Sonnentätigkeit durchweg zu, daß die Witterung so schlecht ausfällt. Die Mehrheit der neueren Wetterkundigen ist indes der Ansicht, daß dies auf die ungeheure schlechte Mondstellung zurückzuführen ist wie 1911 und daß im nächsten Jahr, umgekehrt wie 1912, ein sehr feuchtes Jahr folgen wird. Aber das rechtfertigt noch lange nicht die ungeheuren Temperaturunterschiede am Tage und in der Nacht. Es müssen doch noch andere Umstände und Ursachen mitwirken.

Es ist bekannt, daß viel zu milde Winter auch meist trockene Sommer mit vielen Nachfrösten im Gefolge haben. Schon vor und nach 1870 wurde überall als Hauptursache der Witterungsänderung die damals eintreffende ungeheure Waldverwüstung anerkannt und demgemäß setzte dann auch überall die Aufforstung ein. Seitdem sind solche verheerenden Nachfröste nicht im entferntesten wieder so aufgetreten wie in den 50er und 60er Jahren. Und nun wiederholt sich diese Periode, und wahrscheinlich aus denselben Gründen. Durch den Weltkrieg ist halb Europa ganz ungeheuer stark entwaldet. Die Nachkriegszeit hat bei uns das übrig gelassen und eine Menge halbgeschlagener Wälder dem Untergang geweiht, weil die Papiergeldsucht bei den Waldbesitzern unerfährlich war. Dann die vielen großen Waldbrände infolge der Dürre. Und nun die Gegenrechnung: Um ein Kilogramm Trockenmasse in Holz zu erzeugen, müssen etwa zwischen 200 bis 300 Liter Wasser von den Bäumen zur Verdunstung gebracht werden. Diese Wassermassen fehlen jetzt; das Klima wird steppenartig, und darauf sind wir nicht eingerichtet. Für die Verhinderung der Waldverwüstung und die Wiederaufrichtung geordneter Waldwirtschaft müssen dringende Vorkehrungen getroffen werden, sonst geht es uns dauernd schlecht, auch wenn wir noch so intelligent und fleißig sind. Hinzu kommt noch die Senkung des Wasserstandes durch den Anschnitt so vieler Torfmoore im Norden Deutschlands, die noch als Wasserworratsstammern wirkten. Das alles zusammen muß Einwirkung auf die Witterung haben, die für die Volkswirtschaft ein Unglück ist. Wie die Witterung weiter verlaufen wird, ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, aber allem Anschein nach kommen, wie es die oberen Luftströmungen schon andeuten, weitere schlimme, austrocknende windige Tage. Ob die Regierungen irgend welche Maßnahmen von Reichs wegen treffen, daß der Entwaldung energisch entgegengetrieben wird, ist zurzeit mehr als zweifelhaft.

Berlin, 28. Juli. (Draht.) Über die Wirkung der anhaltenden Dürre auf die Ernteaussichten wird aus dem Reichsernährungsministerium mitgeteilt: Trotz der Trockendürre ist beim Brotgetreide eine gute Mittelernte zu erwarten. Dagegen sind empfindliche Schädigungen der Gerste und des Hafers zu verzeichnen. Sehr schlecht sind die Aussichten für die Kartoffelernte. Aus fast allen Teilen des Reiches wird gemeldet, daß die Kartoffelpflanzen vielfach absterben. Weiter hat die Dürre verheerend auf die Futterernte gewirkt.

Neues aus aller Welt

— Große Waldbrände in der Pfalz. Wie der „Total-Anzeiger“ aus Karlsruhe meldet, sind in der Pfalz infolge der Dürre große Waldbrände ausgebrochen. In der Gegend von Homburg haben zwei Brände große Kiefern- und Fichtenbestände vernichtet. Bei Kaiserslautern hat ein großer